



Nr. 22

16. Juni 2016

## Inhalt

[E-Government kommt viel zu langsam voran – Beschäftigte erwarten echten digitalen Aufschwung](#) +++  
[Innenministerkonferenz tagt im Saarland](#)  
[Dauderstädt: „Null Toleranz für Gewalt gegen Beschäftigte“](#) +++  
[Bundeshauptvorstand in Darmstadt](#)  
[Arbeitszeit: dbb fordert Langzeitkonten für Überstunden](#) +++  
[dbb bundesfrauenvertretung: „Initiative zeigen“ für öffentlichen Dienst ohne Diskriminierung](#) +++  
[CESI-Fachtagung: Arbeitswelt 4.0 ist Herausforderung und Chance für die Jugend](#) +++

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Landtag beschließt das Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in NRW](#) +++  
[Besoldungsanpassung 2016/2017 - Knecht: Was bleibt, ist Enttäuschung](#) +++  
[Wahltermin in Berlin gefährdet - dbb berlin: Öffentlicher Dienst wurde kaputt gespart](#) +++  
[dbb Hessen bezweifelt Grundgesetztreue von DITIB](#) +++  
[SBB-Chef Pöschmann: Öffentliche Arbeitgeber sollen gutes Beispiel sein](#) +++  
[Weselsky: Traumberuf Lokführer geht nicht unter](#) +++  
[DPoIG unterstützt Innenminister: Härtere Strafen bei Gewalt gegen Polizisten](#) +++  
[vbba: Personaldecke in Jobcentern ist zu kurz](#) +++

## [Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

## E-Government kommt viel zu langsam voran – Beschäftigte erwarten echten digitalen Aufschwung

(dbb) Die Forderung des Nationalen Normenkontrollrates nach einem „E-Government-Pakt Deutschland“ stößt beim dbb beamtenbund und tarifunion auf volle Zustimmung.

„Allerdings darf es nicht bei schönen Worten und Plänen bleiben“, sagte der Bundesvorsitzende des gewerkschaftlichen Dachverbandes, Klaus Dauderstädt, am 16. Juni 2015 zu dem Gutachten „E-Government in Deutschland: Wie der Aufstieg gelingen kann“, das der Normenkontrollrat vorgestellt hatte. „Sowohl die Bürger, als auch die Beschäftigten in der Verwaltung erwarten, dass die konkreten Handlungsempfehlungen aus dem Arbeitsprogramm nun auch umgesetzt werden, damit das Ziel - eine bessere Verzahnung und Digitalisierung der Verwaltungsverfahren und eine neue Qualität der Zusammenarbeit – auch tatsächlich erreicht wird. Nicht erst die Flüchtlingskrise hat aufs Eindringlichste deutlich gemacht, wie notwendig diese Schritte sind, damit der Staat effizient und effektiv handeln kann.“

In dem am 14. Juni vorgestellten Gutachten empfohlen wird ein neuer IT-Staatsvertrag, der einen verbindlichen „Digitalen Servicestandard für Deutschland“ festlegt. Die operative Umsetzung soll durch eine „Organisation Digitale Verwaltung“ vorangetrieben werden. Deutschland war zuletzt im EU-Ranking der 28 Mitgliedstaaten zum Grad der Digitalisierung der Verwaltung auf Platz 19 abgerutscht - hinter Italien und vor Zypern.

„Wir haben seit Jahren darauf hingewiesen, dass das Ziel einer modernen, digitalen Verwaltung nur erreicht werden kann, wenn Bund, Länder und Gemeinden ihre Zusammenarbeit verbessern und intensivieren“, machte Dauderstädt deutlich. Einzelwünsche müssten dahinter zurücktreten. „Wir dürfen jetzt auch keine Zeit mehr verlieren, denn aktuelle Herausforderungen wie etwa die Migration lassen sich vorab nicht bis ins Detail planen und müssen dennoch gemeistert werden.“ So hatte vor allem zu Beginn des Flüchtlingszustroms mangelnder digitaler Datenaustausch, beispielsweise zwischen den Polizeien von Bund und Ländern, Ausländerämtern und Sozialbehörden, zu Doppelregistrierungen geflüchteter Menschen und Unklarheit darüber geführt, wie viele Flüchtlinge sich überhaupt in Deutschland aufhalten. „Dafür bringt im Zeitalter von E-Government niemand mehr Verständnis auf“, gab Dauderstädt zu bedenken. Was fehle, sei die Entwicklung gemeinsamer Komponenten anstelle von eigenständigen IT-Lösungen in Bund, Ländern und Kommunen. „Denn die sind nicht nur nicht kompatibel über Fach- und Verwaltungsgrenzen hinweg, sie kosten auch viel zu viel Geld.“

„Dass im Gutachten gefordert wird, der föderalen Zusammenarbeit auf der Grundlage einer neuen Vereinbarung auf höchster politischer Ebene zwischen Bund, Ländern und Kommunen klare Ziele zu setzen, unterstützen wir“, bekräftigte der dbb Chef. Dies gelte auch für den Plan, im Bundeskanzleramt ein „Digitalisierungsbüro“ zu verankern, das im Zusammenspiel mit den Fachministerien eine Digitale Agenda 2018 - 2022 für die Verwaltung ausarbeitet, sowie für das vorgesehene gemeinsame „Digitalisierungsbudget“ von Bund und Ländern. Dies soll verhindern, dass Projekte den Streitereien um Finanzzuständigkeiten zum Opfer fallen. Wie der Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrates, Johannes Ludewig, forderte Dauderstädt die Verantwortlichen auf allen politischen Ebenen dazu auf, „den Willen für mutige Entscheidungen und eine entschlossene Umsetzung aufzubringen - und zwar jetzt!“ Der dbb werde diesen Prozess gern mit seiner Expertise, mit Ideen und Empfehlungen begleiten.

Umfrage:

Welche Erfahrungen machen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vor Ort mit IT-Projekten? Was läuft besonders gut? Wo hakt es noch? Wir freuen uns über Ihre/Eure Berichte per Mail an

[redaktion@dbb.de](mailto:redaktion@dbb.de)

[Zum Gutachten des Nationalen Normenkontrollrates \(normenkontrollrat.bund.de\)](http://www.normenkontrollrat.bund.de)

(01/22/16)

## Innenministerkonferenz tagt im Saarland Dauderstädt: „Null Toleranz für Gewalt gegen Beschäftigte“

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat an die Adresse der Innenministerkonferenz, die vom 15. bis 17. Juni 2016 im Saarland zusammenkommt, die Forderung nach einem besseren Schutz für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gerichtet. „Bei Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes darf es null Toleranz geben“, sagte Dauderstädt der Tageszeitung „Die Welt“ (Ausgabe vom 15. Juni 2016).

Politik wie Arbeitgeber müssten ihrer Fürsorgepflicht gerecht werden und sich schützend vor die Kollegen stellen. Inzwischen würden neben Polizisten auch Lehrer, Mitarbeiter von Bürgerämtern, Jobcentern und Krankenkassen, sogar die Kollegen in Kfz-Zulassungsstellen immer häufiger beschimpft oder körperlich angegangen, berichtete Dauderstädt. Ebenso „inakzeptabel und skandalös“ sei es, dass zunehmend auch Rettungskräfte bei ihrer Arbeit behindert oder bedroht würden, erklärte der dbb Chef. Eine Abriegelung des öffentlichen Dienstes oder eine Bewaffnung der Beschäftigten sei keine Lösung. „Aber wir wollen auch nicht, dass die Beschäftigten mit Angst zum Dienst gehen“, machte Dauderstädt deutlich. Er empfahl geeignete Schutzsysteme wie Einlasskontrollen oder Alarmknöpfe sowie Deeskalationstrainings für die Beschäftigten.

Die zunehmende Gewalt insbesondere gegen Polizisten ist eins der zentralen Themen der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern. Saarlands Innenminister Klaus Bouillon (CDU), Vorsitzender der Ressortchef-Runde, hat sich bereits für einen neuen Vorstoß zur Verschärfung des Strafrechts bei Angriffen auf Polizisten stark gemacht. Danach sollen tätliche An-

griffe auf Polizisten, aber auch auf Feuerwehrleute oder Rettungskräfte mit mindestens sechs Monaten Haft bestraft werden. Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier (CDU), hat gefordert, neben Polizisten und Einsatzkräften künftig auch Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes besser vor Angriffen zu schützen. Ebenfalls in der „Welt“ sagte Caffier: „Nicht nur Polizisten, sondern auch andere Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes etwa in Jobcentern oder Finanzämtern sollen künftig besser vor Angreifern geschützt werden.“ Der Hang zur Aggressivität in der Gesellschaft sei größer geworden, erklärte Caffier. „Da sind wir in der Pflicht zu handeln.“ Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeige, dass man über einen besseren Schutz insgesamt für Mitarbeiter im öffentlichen Dienst nachdenken müsse, erklärte der Sprecher der unionsgeführten Innenressorts. Caffier forderte, dass der Tatbestand einer dem Angriff vorausgehenden Vollstreckungshandlung im Paragraf 113 Strafgesetzbuch gestrichen werden soll. „Denn Polizisten und andere Amtsträger werden bereits häufig aus dem Nichts angegriffen.“  
(02/22/16)

## Bundeshauptvorstand in Darmstadt Arbeitszeit: dbb fordert Langzeitkonten für Überstunden

(dbb) Der Bundeshauptvorstand des dbb beamtenbund und tarifunion hat am 14. Juni 2016 in Darmstadt für alle Beamtinnen und Beamten Langzeitkonten für anfallende Überstunden gefordert. Die im Zuge der aktuellen Herausforderungen – zuletzt verschärft durch die Migrationslage und die gestiegene Terrorgefahr – aufgelaufenen über 20 Millionen Überstunden allein bei den Polizisten von Bund und Ländern belegen, dass es im öffentlichen Dienst massive personalwirtschaftliche Probleme gibt. „Die völlig unzureichende Personalausstattung der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern muss zeitnah durch Neueinstellungen behoben werden“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt vor dem höchsten dbb-Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen.

Außerdem, so die Forderung des dbb, muss den Beamtinnen und Beamten für alle anfallenden Überstunden, die nicht binnen Jahresfrist

durch Freizeitausgleich abgebaut werden können, ein Wahlrecht zwischen Vergütung oder Überführung der Mehrarbeit auf ein Langzeitkonto eingeräumt werden. Langzeitkonten sind

dabei so auszugestalten, dass sie nur auf freiwilliger Basis eingerichtet werden können, ihre Einrichtung nur aus dringenden dienstlichen Gründen abgelehnt werden darf und Guthaben „unverfallbar“ sind.

Dauderstädt wies am Rande der Sitzung darauf hin, dass es zudem großen Harmonisierungsbedarf beim Thema Wochenarbeitszeit von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst gibt: „Bei dem Thema haben wir einen bunten und inhaltlich nicht zu begründenden Flickenteppich unterschiedlicher Regelungen bei Bund und Ländern. Die Spanne reicht inzwischen von 38,5 Stunden, etwa für Angestellte in Hessen, über 41 Stunden unter anderem für die Bundesbeamten, bis zu 42 Stunden für die hessischen Landesbeamten. Wir haben

uns sehr gefreut, dass Volker Bouffier auf unserer Sitzung zu Gast war, aber diese besondere Diskrepanz hat auch der hessische Ministerpräsident uns nicht erklären können.“

Neben den Themen Überstunden und Wochenarbeitszeit beschäftigte sich der dbb Bundeshauptvorstand auf seiner Sitzung auch mit der Zukunft der Altersversorgung, Tarifeinheit, Streikverbot für Beamte, diskriminierungsfreiem Fortkommen und den Beurteilungskriterien im öffentlichen Dienst, der Unternehmensmitbestimmung, der Erbschaftsteuerreform und einem Positionspapier „Bildung im digitalen Zeitalter“  
(03/22/16)

## **dbb bundesfrauenvertretung: „Initiative zeigen“ für öffentlichen Dienst ohne Diskriminierung**

**(dbb) Unter dem Motto „Initiative zeigen!“ hat die dbb bundesfrauenvertretung am 14. Juni 2016 die öffentlichen Arbeitgeber und Dienstherren dazu aufgerufen, für einen diskriminierungsfreien Aufstieg im öffentlichen Dienst einzutreten. Am selben Tag hat sich der dbb Bundeshauptvorstand auf seiner Sitzung in Darmstadt dafür ausgesprochen, auf ein gegendertes Beurteilungsverfahren und zeitgemäße gegenderte Formulierungen der Beurteilungskriterien hinzuwirken.**

„Diskriminierung findet auch im öffentlichen Dienst statt. Trotz guter Gleichstellungsgesetze werden vor allem Frauen noch immer seltener befördert als Männer. Wir wollen, dass Dienstherren und öffentliche Arbeitgeber Initiative zeigen. Wir wollen, dass Personalverantwortliche bei Beurteilungsstatistiken genau hinschauen und sich aktiv für diskriminierungsfreies Fortkommen ihrer weiblichen Beschäftigten einsetzen - vom Krankenhaus bis zur Stadtverwaltung, von der Kita bis zur Feuerwehr, von der Polizei bis zur Steuerverwaltung“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am Rande der Sitzung des dbb Bundeshauptvorstandes.

Zweck einer dienstlichen Beurteilung im Beamtenbereich sei es, zwischen konkurrierenden Beschäftigten eine Auswahlentscheidung zu treffen - im Sinne der Bestenauslese nach Artikel 33 des Grundgesetzes. Die Gesetze seien hier eindeutig, betonte Wildfeuer. Was nicht

stimme, sei deren Umsetzung. „Fakt ist: Bestehende Geschlechterstereotype wirken sich auf die Ergebnisse der dienstlichen Beurteilung aus und zwar zu Ungunsten der weiblichen Beschäftigten. Gerade jene, die in Teilzeit tätig sind - und das sind überwiegend Frauen, erhalten schlechtere Beurteilungen und werden seltener für ein Beförderungsamts vorgeschlagen.“

Um zu einer diskriminierungsfreien Beförderungspraxis zu kommen, müsse man nicht nur die Beurteilungskriterien geschlechtergerecht ausgestalten, sondern vor allem die Führungskräfte in die Pflicht nehmen. „Man kann nicht nur mehr Frauen in Führungspositionen fördern, man muss sie auch gezielt fördern. Deshalb muss Gleichstellungsförderung entscheidendes Leistungskriterium für Aufgaben mit Personalverantwortung sein“, so Wildfeuer.  
(04/22/16)

## **CESI-Fachtagung: Arbeitswelt 4.0 ist Herausforderung und Chance für die Jugend**

**Die Arbeitswelt ändert sich. Neue Arbeitsmodelle wie mobiles Arbeiten halten Einzug in die Verwaltungen, und jeder Mitarbeitende kann vielleicht bald orts- und zeitunabhängig arbeiten. Die CESI befasste sich auf einer Fachtagung am 3. Juni 2016 in Kopenhagen mit neuen Arbeitsrhythmen und deren Auswirkungen auf Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz.**

Das ist eine Entwicklung, die Chancen und Herausforderungen zugleich birgt“, kommentierte der Vize der dbb Jugend Michael Gadzalla die Diskussion am Rande der CESI-Fachtagung. Einig waren sich die Teilnehmer darüber, dass Gewerkschaften sich dem Prozess nicht verschließen dürfen. „Sie müssen Taktgeber sein, um die Arbeitsrhythmen federführend im Interesse ihrer Mitglieder zu gestalten“, so Gadzalla.

„Wir müssen dafür sorgen, das Personal durch wirksame Mechanismen zu schützen. Vorstellbar sind zum Beispiel anonymisierte Logout-

systeme, die den Rechner automatisch abschalten, sobald eine maximale Arbeitszeit erreicht wird“, regte Steven Werner, Sprecher der AG Jugend in Europa, mit Blick auf den potenziellen Wegfall klassischer Büroarbeitsplätze an. Mit veränderten Arbeitsmodellen würden gerade jene Zielgruppen erreicht, die hohen Wert auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie legen. Auch Gendergerechtigkeit lasse sich durch stärkeres Einbeziehen neuer Ideen in allen Hierarchieebenen erhöhen. Auch dürften keine Berufsgruppen von vornherein aus dem Prozess ausgeschlossen werden.  
(05/22/16)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **Landtag beschließt das Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in NRW**

**(dbb) Der Entwurf zum Dienstrechtsmodernisierungsgesetz in Nordrhein-Westfalen ist abschließend im Landtag behandelt und mit rot-grüner Mehrheit abgesegnet worden. Damit kann das Gesetz wie geplant zum 1. Juli 2016 in Kraft treten.**

Der DBB NRW freue sich vor allem, dass folgende Änderungen durchgesetzt werden konnten, "da sie eine große Symbolwirkung haben", erklärte der Landesbund am 9. Juni 2016: Die Wiedereinführung der Jubiläumszuwendung. Sie sei "ein Akt der Wertschätzung für die Erfahrung und die Treue von Beamtinnen und Beamten". Die Abschaffung der Besoldungsgruppen A3 und A4. "Selbst bei einer Tätigkeit in Vollzeit lag die Besoldung nur ganz knapp über dem Niveau der Sozialhilfe. Damit wurde bisher die wertvolle Arbeit, welche die Beamtinnen und Beamten leisten, nicht gewürdigt", erklärte der DBB NRW.

Als "besonders verdrießlich" bezeichnete der DBB NRW dagegen die aktuelle Politisierung von Frauenförderung. „Die berufliche Förderung von Frauen ist kein Politikum, sondern ein wichtiges Ziel für die Gleichberechtigung der Geschlechter“, erklärte Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW. Wenn das Gesetz

Frauenförderung hätte erzielen wollen, wäre eine rechtlich belastbare Lösung das absolute Minimum gewesen. Für wirkliche Frauenförderung wären jedoch noch weitere Schritte notwendig gewesen, wie die vom DBB NRW im Vorfeld geforderte Genderisierung der Beurteilungskriterien oder die Schaffung von familienfreundlichen Rahmenbedingungen.

"Insgesamt ist der Gesetzentwurf entgegen anfänglichen Ankündigungen nicht der große Wurf geworden", so Staude. Zu viele Chancen seien ungenutzt geblieben. „Letztlich sehen wir in dem neuen Gesetz aber trotzdem einige Verbesserungen für die Beamtinnen und Beamten und verstehen es deshalb als ersten Schritt auf einem langen Weg“, erklärte der Vorsitzende des DBB NRW.  
(06/22/16)

## Besoldungsanpassung 2016/2017 - Knecht: Was bleibt, ist Enttäuschung

**(dbb) Mit Kritik hat der dbb mecklenburg-vorpommern auf die Beschlussfassung des Landtages zum Gesetz über die Besoldungs- und Versorgungsanpassungen 2016 und 2017 reagiert. Demnach erhalten die Betroffenen abgekoppelt vom Tarifabschluss der Länder aus dem Frühjahr 2015 am 1. September des Jahres zwei Prozent, mindestens aber 65 Euro sowie im Vorgriff auf die im kommenden Frühjahr anstehenden nächsten Tarifverhandlungen am 1. Juni 2017 1,75 Prozent mehr.**

„Begeisterungsausbrüche sind aus den Amtsstuben, Polizeibehörden oder Lehrerzimmern nicht zu erwarten, dafür ist das Ergebnis zu mau“, sagte dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht am 9. Juni 2016 in Schwerin. „Wo in der Legislaturperiode 2006-2011 noch annähernd zeit- und inhaltsgleiche Anpassungen möglich waren, hat die Landesregierung dies in der jetzigen Amtszeit nicht ein einziges Mal geschafft. Stattdessen wurde munter experimentiert wie zum Beispiel mit der Vorwegnahme von Tarifiergebnissen. Die Austeritätspolitik des Landes gegenüber den eigenen Leuten ist geradezu kannibalisch - mit enttäuschten Mitarbeitern lässt sich kein Staat machen“, so Knecht.

Erschwerend komme hinzu, dass in den Beratungen des Finanzausschusses (der übrigens

erstmalig keine mündliche Anhörung zum Thema durchführte) das Finanzministerium äußerte, dass „die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in M-V durchweg zu den Spitzenverdienern“ gehören. Das werde von den Kolleginnen und Kollegen bei Polizei, Feuerwehren, im Strafvollzug oder im Finanzministerium selbst anders gesehen, ist sich Knecht sicher.

Das Funktionieren des öffentlichen Dienstes sei Grundbedürfnis und Selbstverständnis für alle Bürgerinnen und Bürger, dies werde aber durch fehlende Motivation, steigende Arbeitsbelastung, hohe Krankenstände und Überstunden sowie die Auswirkungen der Flüchtlingsproblematik aufs Spiel gesetzt und gefährdet damit auch die Demokratie des Landes, betonte der dbb Landesvorsitzende.  
(07/22/16)

## Wahltermin in Berlin gefährdet - dbb berlin: Öffentlicher Dienst wurde kaputt gespart

**(dbb) „Der dbb berlin erwartet eine unverzügliche Unterstützung seitens der Politik, damit die Landeswahlleiterin die Abgeordnetenhauswahlen ordnungsgemäß vorbereiten und durchführen kann.“ Das hat der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, mit Blick auf die Befürchtungen der Landeswahlleiterin Petra Michaelis-Merzbach klargemacht. Sie hatte in einem "Brandbrief" erklärt, die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im September 2016 seien derzeit gefährdet.**

„Vielleicht muss es erst einmal so richtig knallen, damit alle politisch Verantwortlichen aufwachen und feststellen, dass es ein großer Fehler war, den öffentlichen Dienst in Berlin derartig kaputt zu sparen“, sagte Becker am 11. Juni 2016. „Dieser Fehler kann nun mal nicht von heute auf morgen behoben werden. Auch wenn das Land Berlin wieder partiell vermehrt Personal einstellen will, müssen diese Kolleginnen und Kollegen schließlich erst einmal ausgebildet werden“, so Becker.

„Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin ist über den Brandbrief der Landeswahlleiterin

nicht sonderlich erstaunt. Wie oft haben wir in den vergangenen Jahren zusätzliches Personal und eine moderne technische Ausstattung für die Berliner Verwaltung gefordert. Es knirscht doch schon seit langer Zeit überall.“ Insbesondere die prekäre Situation in den Bürgerämtern führe zu einem „Meldestau“; eine rechtzeitige und ordnungsgemäße Eintragung von Wahlberechtigten in die Wahlverzeichnisse sei kaum möglich. Die Rechtmäßigkeit der Wahlen müsse - unter diesen Umständen - zu Recht bezweifelt werden, so Becker.  
(08/22/16)

## dbb Hessen bezweifelt Grundgesetztreue von DITIB

**(dbb) Der dbb Hessen hat "erhebliche Zweifel" daran geäußert, "ob die 'Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion' (DITIB) noch auf dem Boden des Grundgesetzes steht". Das sagte der hessische dbb-Landesvorsitzende Heini Schmitt am 13. Juni 2016. Schmitt reagierte damit auf die Hetzkampagne, die dieser Tage in Morddrohungen gegen türkischstämmige deutsche Bundestagsabgeordnete gipfelte.**

Wenn Zekeriya Altug als Vertreter des DITIB-Bundesverbands in der ARD ausführt, dass die türkischstämmigen Mitglieder sich nicht mehr durch diese Bundestagsabgeordneten vertreten fühlen, zeigt er, dass er die Unabhängigkeit jedes einzelnen Bundestagsabgeordneten nicht versteht und anerkennt", erklärte Schmitt. „Es ist eine verrückte Vorstellung, dass in Hessen Schülerinnen und Schüler an staatlichen

Schulen Islamunterricht unter der Aufsicht eines Vereins erhalten, an dessen Verfassungstreue erhebliche Zweifel bestehen“, so Schmitt weiter. Er forderte die Landesregierung auf, die Zusammenarbeit mit DITIB aufzukündigen. Jedweder Schulunterricht müsse unter der Aufsicht des Staates auf der Grundlage des Grundgesetzes stattfinden.  
(09/22/16)

## SBB-Chef Pöschmann: Öffentliche Arbeitgeber sollen gutes Beispiel sein

**(dbb) Am 15. Juni 2016 haben die Beschäftigten der Stadt Naunhof einen zweitägigen Warnstreik begonnen. Damit erhöhen sie den Druck auf die Arbeitgeberseite im Konflikt um die Einführung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD). Betroffen vom Warnstreik sind die Bereiche Verwaltung, Bauhof, Wasserversorgung und „KulturWerkstatt“.**

Zum Auftakt des Warnstreiks versammelten sich die Beschäftigten zu einer Kundgebung auf dem Marktplatz in Naunhof. Unterstützung erhielten sie dort von Gerhard Pöschmann, dem Landesvorsitzenden des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen. „Die Vorgänge in Naunhof werden in ganz Sachsen und auch darüber hinaus wahrgenommen“, sagte Pöschmann zu den Demonstranten. „Dass die Kommunalpolitik und damit ein öffentlicher Arbeitgeber sich so vehement gegen den Beitritt zu einem Flächentarifvertrag sperrt, wirft kein gutes Licht auf unseren Freistaat. Denn jeder weiß, dass die geringeren Löhne bei uns im Osten auch mit der geringeren Tarifbindung zu tun haben. Es wäre deshalb an den Arbeitge-

bern des öffentlichen Dienstes, mit gutem Beispiel voran zu gehen. Faire und transparente Bezahlung gibt es nur mit einem Tarifvertrag.“

Hintergrund:  
Seit 1994 haben die Beschäftigten von Naunhof keinen gültigen Tarifvertrag mehr. Die Stadt ist aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Bezahlt wird nur auf Grundlage einzelvertraglicher Regelungen. Vielfach bleiben die Bezahlung und Arbeitsbedingungen hinter denen der übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst zurück.

(10/22/16)

## Weselsky: Traumberuf Lokführer geht nicht unter

**(dbb) Die Idee von Bahnchef Rüdiger Grube vom „führerlosen Zug“ hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize Claus Weselsky als „hanebüchen“ bezeichnet. Im Gespräch mit Deutschlandradio Kultur zeigte sich Weselsky am 11. Juni 2016 davon überzeugt, dass der Berufsstand des Lokführers noch Jahrzehnte Bestand haben werde.**

Grube hatte gesagt, spätestens im Jahr 2023 werde das vollautomatische Fahren in Teilen des Netzes möglich sein. Die Lokführer, so Weselsky, schoben nach solchen Äußerungen

des Bahn-Managements eine „Riesenfrustwelle“ vor sich her. Bei einem Eisenbahnsystem wie in Deutschland, weitgehend auf offen

verlegten Schienen, könne man sich vor äußeren Einflüssen gar nicht retten. Das sei etwas Anderes, „als wenn man in einer Röhre eine U-Bahn automatisch betreibt“, machte Weselsky klar. Die Bundesregierung forderte er in ihrer Eigenschaft als Eigentümer der Bahn auf, „die Kontrolle zu übernehmen und dem Management klare Weisungen zu erteilen“.

Dennoch sei Lokführer „ein wunderschöner Beruf“ mit hoher Verantwortung und viel Freiheit. „Der Traumberuf Lokführer geht nicht unter, weil irgendein Vorstandsvorsitzender gerade mal wieder eine Idee hat“, so Weselsky. (11/22/16)

## **DPoIG unterstützt Innenminister: Härtere Strafen bei Gewalt gegen Polizisten**

**(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) unterstützt den Vorschlag nach einem härteren Strafmaß bei Angriffen auf Polizisten, der auf der Innenministerkonferenz im Saarland zur Diskussion steht. Demnach sollen gewalttätige Angriffe auf Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte mit einer Haftstrafe von mindestens sechs Monaten bestraft werden.**

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt sagte am 15. Juni 2016: „Die Gewalt gegen Polizeibeamte hat im letzten Jahr stark zugenommen. Bis hin zum gefährlichen Einsatz von Steinen, Flaschen und Metallstangen gehen die Attacken, die Hemmschwelle selbst bei vermeintlich normalen Bürgern sinkt immer weiter. Deshalb ist es richtig, und wir als DPoIG unterstützen das Vorhaben der IMK, Gewalt gegen Polizeibeamte härter zu bestrafen. Da jedoch nicht nur Polizeibeamte von zunehmender Brutalität betroffen sind, sollte die

Gesetzesverschärfung alle Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes einschließen, um sie besser vor Gewalt zu schützen.“

Im Jahr 2015 stieg die Zahl der Angriffe auf Polizeibeamte laut Polizeilicher Kriminalstatistik auf über 60.000, im Jahr zuvor waren es noch knapp 56.000 gewesen. (12/22/16)

## **vbba: Personaldecke in Jobcentern ist zu kurz**

**(dbb) In vielen Jobcentern ist die Personaldecke im Leistungsbereich zu kurz; das Personalbemessungsprojekt muss fortgeführt werden. Das hat die vbba - Gewerkschaft Arbeit und Soziales am 10. Juni 2016 erklärt.**

Obwohl die Gewerkschaft in der Vergangenheit wiederholt auf den Personalmangel hingewiesen habe, "hat es seitens der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der kommunalen Seite keine Abhilfe gegeben", kritisierte die vbba. "Es darf nicht sein, dass hier auf Kosten der überlasteten Kolleginnen und Kollegen und der Menschen, die auf die Leistungen existenziell angewiesen sind, bewusst weggeschaut wird", mahnte vbba-Gewerkschaftschef Waldemar Dombrowski.

Dass die BA nun ihr Veto gegen die Fortführung des Personalbemessungsinstrumentes eingelegt hat, sei ein Schlag ins Gesicht der betroffenen Kolleginnen und Kollegen. "Die Begründung ist inakzeptabel und mutet fast satirisch an." So führe die BA aus, dass man kein

System methodischer Personalbemessung befürworte, da die Erfahrungen belegen, dass damit keine Potenziale für Verbesserungen, sondern im Regelfall Stellenbedarfe ausgewiesen würden. Dazu die vbba: "Hört, hört: Es kann nicht sein, was nicht sein darf."

Die vbba stelle seit Jahren zunehmende Belastungen fest, etwa durch dauernde Rechtsänderungen, Umsetzung von vielfältiger Rechtsprechung, schwierigen Umgang mit alter und neuer Software, das verbindliche Vier-Augen-Prinzip sowie komplexer und volatiler werdende Erwerbsbiografien.

Die vbba fordere deshalb eine ehrliche Weiterführung des Personalbemessungsprojekts und die Finanzierung des erhöhten Personalbedarfs.

(13/22/16)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Am 7. Juni 2016 haben der **dbb** und der Kommunale Arbeitgeberverband Bayern (KAV Bayern) in Nürnberg die Tarifverhandlungen zum Tarifvertrag Nahverkehrsbetriebe Bayern (TV-N Bayern) aufgenommen. Derzeit fallen etwa 6.500 Beschäftigte unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages. In der ersten Verhandlungsrunde stellte der dbb seine Forderungen detailliert dar. Dazu zählen eine lineare Erhöhung der Tabellenentgelte um sechs Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten und eine Dynamisierung der Schicht- und Wechselschichtzulagen sowie die Schaffung einer monatlichen Ballungsraumzulage für die Beschäftigten in Städten mit einer Einwohnerzahl von mehr als 100.000. Im Hinblick auf die Nachwuchsförderung fordert der dbb für Auszubildende unter anderem die Erhöhung der Entgelte um 100 Euro monatlich und eine unbefristete Übernahme aller Auszubildenden. Nächster Verhandlungstermin ist der 7. Juli 2016.

Die **dbb bundesfrauenvertretung** hat eine geschlechtergerechte Verteilung von bezahlten und unbezahlten Arbeitszeiten gefordert. Lebenslanges gesundes Arbeiten müsse ebenso wie eine finanzielle Absicherung über das Existenzminimum hinaus bis ans Lebensende für Männer und für Frauen gleichermaßen gewährleistet sein - unabhängig von ihrem Familienstand und egal ob sie Kinder erzogen haben oder nicht. Eine gleichmäßige Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und nicht vergüteter Pflege-, Haushalts- und Sorgearbeit auf beide Geschlechter ist dafür eine wichtige Voraussetzung", betonte Jutta Endrusch, stellvertretende Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, auf der Fachveranstaltung "3fach gefordert, 2fach unbezahlt & 1fach unersetzlich" im Vorfeld der Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates. Auf der jährlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates am 11. und 12. Juni 2016 in Berlin legen Vertreterinnen aus mehr als 50 Mitgliedsverbänden die Arbeitsschwerpunkte der bundesweit größten Frauenlobby fest. Entschieden wird auch über einen Antrag der dbb bundesfrauenvertretung zur besseren Anerkennung von Erziehungszeiten in der Beamtenversorgung für Kinder, die vor dem 1. Januar 1992 geboren wurden.

Auf Initiative des tbb haben sich die Spitze des beamtenbund und tarifunion thüringen und die Vorsitzenden der drei Regierungsfaktionen im

Thüringer Landtag, Susanne Hennig-Wellsow (Die Linke), Matthias Hey (SPD) und Dirk Adams (Die Grünen), am 10. Juni 2016 zu einem Gespräch getroffen. Thema war die Verbeamtung in Thüringen. Seitens des tbb nahmen der Landesvorsitzende **Helmut Liebermann**, die stellvertretende Landesvorsitzende Birgit Drischmann und die Leiterin der Geschäftsstelle Maria-A. Jäkel teil. Liebermann trug die gewerkschaftlichen Argumente für die Verbeamtung, vor allem im Lehrerbereich, vor und verwies auf die Notwendigkeit, unter Berücksichtigung der aktuellen bundesweiten Entwicklungen in dieser Frage neu nachzudenken und sich zügig zu positionieren. Die Vorsitzenden der Fraktionen sagten zu, das Thema aufzugreifen und intern die Erarbeitung von Positionen in Angriff zu nehmen.

Die bundesweite Online-Umfrage der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) geht in die Verlängerung. Noch bis einschließlich 26. Juni 2016 bleibt die Umfrage freigeschaltet, damit wirklich alle interessierten GDL-Mitglieder die Möglichkeit erhalten, ihre Erfahrungen zum Umgang mit belastenden Ereignissen wie Unfällen, verbalen Übergriffen und körperlichen Angriffen einfließen zu lassen, teilte die Gewerkschaft mit. Die **GDL** rufe noch einmal alle Lokomotivführer, Zugbegleiter, Lokrangierführer, Bordgastronomen, Bereitstellungsführer, Prüfer, Kundenbetreuer und alle weiteren Mitarbeiter des Zugpersonals auf, ihre Chance wahrzunehmen. Schon jetzt hätten die befragten GDL-Mitglieder "eine repräsentative Basis geschaffen, um mit der Auswertung der Ergebnisse spürbare Verbesserungen hinsichtlich der Sicherheit des Zugpersonals einzufordern".

Der von der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) organisierte Streik bei der Securita Krankenkasse in Hamburg dauert an: Nach ersten Arbeitskampfmaßnahmen im Januar dieses Jahres sind die Beschäftigten der Krankenkasse seit Anfang Juni 2016 erneut im Ausstand. Am 14. Juni 2016 haben sich Beschäftigte der Krankenkasse in einem Demonstrationzug durch die Hamburger Innenstadt bewegt, um die Öffentlichkeit auf ihre berechtigten Anliegen aufmerksam zu machen und gegen die Blockadehaltung des Arbeitgebers zu protestieren. Hintergrund für den Arbeitskampf ist die anhaltende Weigerung des

Vorstandes der Securvita Krankenkasse, einen Tarifvertrag für die Beschäftigten der Krankenkasse abzuschließen. Der GdS-Bundesvorsitzende **Maik Wagner** bekräftigte, dass die GdS in ihrem Bemühen nicht nachlassen werde, auch bei der Securvita Krankenkasse einen marktfähigen Tarifvertrag zu etablieren. Dass der Vorstand einer direkten Kommunikation mit der GdS und damit der Interessenvertretung seiner Belegschaft ausweiche, könne man nur mit einem Kopfschütteln quittieren.

Taten radikalierter Einzeltäter lassen sich kaum verhindern. Das sagte der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**, der "Berliner Morgenpost" (Ausgabe vom 14. Juni 2016). "Terroristische Anschläge sind jeden Tag auch in Deutschland denkbar." Verfassungsschutz und Polizei hätten bislang gute Arbeit geleistet, "aber wir haben auch viel Glück gehabt". Eine Verschärfung der geltenden Gesetze halte er nicht für notwendig, so Wendt weiter. Den wichtigsten Beitrag zur Früherkennung von Extremisten könne die Gesellschaft leisten. "Wir alle sind gefordert, auf unsere Mitmenschen und Umgebung zu achten - und bei Auffälligkeiten Hinweise an Polizei und Verfassungsschutz zu geben. Denn bei allen Einzeltätern hat man im Nachhinein gesehen, dass es Hinweise auf die Täter gegeben hat."

Zwölf junge Lyrik-Talente sind am 10. Juni 2016 in der Berliner Akademie der Künste als Preisträger des Bundeswettbewerbs Lyrix ausgezeichnet worden, der bereits zum achten Mal stattfand. Der Preis: eine Reise nach Berlin für den Austausch untereinander und mit

der jungen Lyrikszene. Neben der Preisverleihung standen im Programm der diesjährigen Preisträgerreise vom 8. bis 12. Juni eine Schreibwerkstatt, ein Performance-Workshop und die Lesung "Lyrik plus X", auf der ehemalige Preisträger zusammen mit jungen Berliner Lyrikerinnen und Lyrikern lasen. Zum Bundeswettbewerb für junge Lyrik können jeden Monat Jugendliche von 10 bis 20 Jahren ihre Gedichte online einreichen. Aus allen Einsendungen wählt eine Jury jeden Monat fünf Gewinnerinnen und Gewinner aus. Aus den 60 Monatsgewinnern werden wiederum 12 Jahresgewinner ausgewählt und nach Berlin eingeladen. Lyrix wurde 2008 von Deutschlandfunk und Deutschem Philologenverband (**DPhV**) initiiert und wird seitdem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Auf die Gefahr der Überforderung von Schulkindern durch "durchgetaktete Wochentage" hat die Katholische Erziehergemeinschaft Deutschlands (**KEG**) hingewiesen. Die meisten Eltern wollten ihre Kinder auf diese Weise fördern; viele merkten aber nicht, dass sie sie dabei überfordern, schrieb KEG-Bundesvorstandsmitglied Manfred Mahlstedt in einem Beitrag für die "Augsburger Sonntagszeitung" (Ausgabe vom 28./29. Mai 2016). Eltern sollten ihren Kindern auch Freiräume - etwa für selbstbestimmtes Spielen - lassen und ihnen bei einem besseren Zeitmanagement helfen. "Und", so Mahlstedt, "Computerspiele, Smartphones und ausgedehnte Chats bringen weniger Zeit für echte Entspannung". (14/22/16)

## Termine zum Vormerken

### 11. dbb Medienkonferenz

„Reformdruck, Sparszwang, Glaubwürdigkeitsproblem –  
Ist der Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen in Gefahr?“  
Berlin, 19./20. September 2016

### 3. Seniorenpolitische Fachtagung

„Hat der Generationenvertrag eine Zukunft? Alterseinkünfte heute und morgen“  
Berlin, 26. September 2016